



Parlament  
Österreich

Parlamentsdirektion

# Dossier EU & Internationales

zum Thema

**Was ist Geoökonomie?**

30. März 2026

[Internationaler-dienst@parlament.gv.at](mailto:Internationaler-dienst@parlament.gv.at)





Weitere Dossiers aus dem Bereich EU & Internationales finden Sie unter:

<https://www.parlament.gv.at/eu-internationales/dossiers/>

## Auf einen Blick

Die Abhängigkeit von kritischen Ressourcen, Handelsabkommen, wirtschaftliche Sanktionen, Zölle, Beschränkungen bei der Ein- oder Ausfuhr von Gütern – all das sind Beispiele für Geoökonomie. Dabei nützen Staaten ihre wirtschaftliche Macht, um politische Interessen durchzusetzen.

Nach einer Einführung in das Thema erklärt dieses Dossier anhand der drei Beispiele USA, China und EU, welche politischen Folgen das Denken und Handeln in geoökonomischen Kategorien hat. Seit seiner Wiederwahl nutzt US-Präsident Donald Trump handelspolitische Mittel wie Zölle, um Geopolitik zu betreiben. China baut mit der Neuen Seidenstraße nicht nur seinen weltweiten wirtschaftlichen, sondern auch seinen geopolitischen Einfluss aus. Vor diesem Hintergrund versucht die Europäische Union, ihre wirtschaftliche Resilienz zu verbessern. Dazu wurden zahlreiche interne Anpassungen unternommen, aber auch Handelsabkommen mit Drittstaaten oder regionalen Gruppierungen sollen dazu beitragen.



## Inhalt

Was bedeutet Geoökonomie? .....	4
Von der Globalisierung zur Geoökonomie .....	6
Beispiele für Geoökonomie .....	7
USA: Zölle als geoökonomisches Mittel .....	8
China: Über die Neue Seidenstraße zu weltweitem Einfluss? .....	10
EU: Auf dem Weg zu mehr Autonomie? .....	12
Geoökonomie im österreichischen Parlament.....	18
Ausblick.....	20



## Was bedeutet Geoökonomie?

Der Begriff Geoökonomie wurde nach dem Ersten Weltkrieg von den deutschen Ökonomen Arthur Dix (1875–1935) und Wilhelm Röpke (1899–1966) geprägt, die dabei allerdings unterschiedliche Ansätze vertraten.

Arthur Dix schrieb 1925 eine Abhandlung über Geoökonomie und definierte sie als Erforschung der „Zusammenhänge zwischen Weltpolitik und Weltwirtschaft.“<sup>1</sup> Dix stand dabei unter dem Eindruck der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg und betonte die Rolle der Nationen. Aus diesem Ansatz entwickelte sich die realistische Schule der Geoökonomie, in der die geografische Lage eines Staates, seine natürlichen Ressourcen und seine strategische Position den Rahmen für das außenpolitische Handeln dieses Staates festlegen. In dieser Sichtweise wird ökonomischer Raum als knappes Gut und als Quelle von Macht gesehen, „Raum- und Machtgewinne eines Staates erfolgen zwangsläufig auf Kosten anderer.“<sup>2</sup>

Wilhelm Röpke sah Geoökonomie als Lehre der „wirtschaftlichen Verkettung ganzer Gebietsteile“, in der die „räumliche Verflechtung der wirtschaftlichen Beziehungen und Bedingungen“<sup>3</sup> erforscht wird. Röpke gilt als Gründer der liberalen Schule der Geoökonomie, die den Schwerpunkt auf wechselseitige Abhängigkeiten und daraus entstehende Kooperation legt. Wirtschaftlicher Austausch wird von der liberalen Geoökonomie als „Vernetzung, Koordination zwischen Akteuren und flexible Anpassung an sich ständig verändernde Räume“ gesehen und „als Positivsummenspiel gedacht, in dem Integration Wohlstand schafft.“<sup>4</sup>

Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs, machte im Jahr 1990 der Politikwissenschaftler Edward Luttwak den Begriff der Geoökonomie einer breiten Öffentlichkeit bekannt. Er ging davon aus, dass sich nach dem Ende des Kalten Krieges die Konkurrenz zwischen Staaten oder Machtblöcken von der militärischen Sphäre in den wirtschaftlichen Bereich verlagern würde. Er verwendete den Begriff Geoökonomie als „Vermischung der Logik des Konflikts mit den Methoden des Handels.“<sup>5</sup> Luttwak betonte, dass wirtschaftliche Aspekte in den internationalen Beziehungen zwar schon seit jeher eine bedeutende Rolle gespielt hätten, während des Kalten Krieges



geopolitische Überlegungen allerdings wichtiger gewesen wären. Er argumentierte weiter, dass nach dem Ende des Kalten Krieges die Wahrscheinlichkeit militärischer Konflikte gesunken sei. Stattdessen „gewinnen geoökonomische Prioritäten und Modalitäten im staatlichen Handeln an Bedeutung.“<sup>6</sup>

In letzter Zeit wird der Begriff breiter gefasst und der Blick auf weitere Akteure gerichtet. Geoökonomie wird demnach nicht nur von Staaten selbst, sondern auch von staatsnahen oder privaten Institutionen bzw. Unternehmen betrieben. So werden etwa staatliche oder staatsnahe Firmen, aber auch die Staatsfonds von erdölproduzierenden Staaten genutzt, um geopolitischen Einfluss zu gewinnen.<sup>7</sup>

Obwohl in den letzten Jahren viel über Geoökonomie geforscht wurde, konnte bisher keine allgemein anerkannte Definition des Begriffs gefunden werden. Laut einer von vielen Beschreibungen untersucht die Geoökonomie, „wie Handels-, Technologie-, Finanz- oder Energiepolitik als Mittel zur Erreichung strategischer Ziele eingesetzt werden.“<sup>8</sup> Eine andere sieht Geoökonomie als „Untersuchung der Zusammenhänge zwischen Geopolitik und Wirtschaft.“<sup>9</sup>

Trotz dieser Unschärfen in der Definition hat die Forschung über Geoökonomie in den letzten Jahren stark zugenommen. Dabei kommen neue Ansätze ins Spiel, bei denen im Vergleich zu früheren Werken technologische Entwicklungen und neue Sichtweisen von Räumen stärker berücksichtigt werden. Im Rahmen der sogenannten volumetrischen Wende in der Geoökonomie wird etwa nicht nur der zweidimensionale Raum betrachtet, in dem ein Territorium durch klar definierte Grenzen umschrieben wird (wie etwa das Gebiet eines Staates). Im volumetrischen Verständnis umfasst ein Territorium Räume wie die Atmosphäre, die Tiefsee oder den geologischen Untergrund eines Staates, bezieht aber auch Satellitensysteme oder Unterseekabel mit ein.<sup>10</sup> Ein weiterer Aspekt der aktuellen geoökonomischen Forschung ist die stetig wachsende Rolle der Technologie. Sie wird dabei als eine „Machtressource, die [...] über das relative Kräfteverhältnis zwischen Staaten entscheidet“<sup>11</sup>, gesehen.



## Von der Globalisierung zur Geoökonomie

Die Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg waren von der zunehmenden wirtschaftlichen Verflechtung der Welt geprägt. Nach dem Ende des Kalten Krieges wurden zahlreiche Staaten in dieses weltweite Wirtschaftssystem eingebunden, was unter dem Schlagwort Globalisierung bekannt wurde. Die damals vorherrschende Denkweise ging davon aus, dass die Vernetzung der weltweiten Wirtschaft das Risiko von Konflikten verringern würde. Wirtschaft und ihre Entwicklung nahmen in diesem System eine vorrangige Stelle ein, „Politik begrenzte sich [...] auf die rechtliche, soziale und politische Absicherung des freien Spiels der Marktkräfte.“<sup>12</sup> Diese immer enger werdende wirtschaftliche Verflechtung der Welt führte dazu, dass der globale Handel stark wuchs. Machte er im Jahr 1990 erst 38 % der weltweiten Wirtschaftsleistung aus, so stieg er bis zum Jahr 2022 auf 62 % (sank allerdings aufgrund globaler Krisen bis zum Jahr 2024 auf 57 %).<sup>13</sup>

Ab den 2010er-Jahren beendeten geopolitische Spannungen (siehe dazu das Dossier der Parlamentsdirektion zu [Geopolitik](#)<sup>14</sup>), Handelskriege, protektionistische Maßnahmen in der Wirtschaftspolitik und die Neuausrichtung der globalen Lieferketten die Phase der zunehmenden Globalisierung. An ihre Stelle trat die geoökonomische Fragmentierung der globalen Wirtschaft, in der nationale Interessen von Staaten schwerer wiegen als wirtschaftliche Zusammenarbeit.<sup>15</sup> Damit verbunden war ein Paradigmenwechsel: In den Zeiten der wachsenden Globalisierung ging man davon aus, dass eine möglichst enge Vernetzung der Weltwirtschaft Vorteile für alle Beteiligten bringt. Im Gegensatz dazu betont die Geoökonomie die Vorstellung, dass wirtschaftliche Integration auch Abhängigkeiten schafft und in bestimmten Fällen „strategische Nachteile mit sich bringt – von Wettbewerbsnachteilen bis hin zu Gefahren für die nationale Sicherheit.“<sup>16</sup>

Der Handelskonflikt zwischen China und den Vereinigten Staaten seit dem Jahr 2018, der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union (EU), die Unterbrechung der weltweiten Lieferketten während der Covid-19-Pandemie, der russische Angriff auf die Ukraine und seine weltweiten Folgen, die Verhängung von Zöllen durch US-Präsident Donald Trump – all diese Ereignisse der letzten Jahre



haben die Fragmentierung der globalen Wirtschaft beschleunigt und führten dazu, dass viele Regierungen ihre Industriepolitik neu ausrichteten.<sup>17</sup> In den letzten Jahren versuchten immer mehr Staaten, ihre wirtschaftlichen Verbindungen in all jenen Bereichen zu verringern, in denen Abhängigkeiten entstanden sind.<sup>18</sup>

Diese Bemühungen werden mit unterschiedlichen Schlagworten beschrieben: Nearshoring bezeichnet die Verlagerung von wirtschaftlichen Aktivitäten in das geografisch nahe gelegene Ausland mit dem Ziel, Lieferketten zu verkürzen und damit weniger anfällig zu machen. Unter Reshoring versteht man die Rückholung von zuvor ausgelagerten wirtschaftlichen Aktivitäten in das Herkunftsland. Friendshoring steht für die Verlagerung wirtschaftlicher Aktivitäten in verbündete Staaten und soll helfen, Risiken durch geopolitische Spannungen oder Handelskonflikte zu verringern. Diese Neuausrichtung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen kennt neben Verlierern auch Gewinner: Im Zuge des Handelskonflikts mit China verlagerten etwa zahlreiche US-Unternehmen ihre wirtschaftlichen Aktivitäten aus China in andere Staaten. Davon profitierten zum Beispiel Vietnam und Mexiko.<sup>19</sup>

Es erscheint unwahrscheinlich, dass diese Entwicklungen das Ende oder gar eine völlige Umkehr der Globalisierung bedeuten. Als wahrscheinlicher gilt vielmehr, dass die weltweiten Wirtschaftsbeziehungen zwar umstrukturiert werden, die globale Zusammenarbeit zwischen gleichgesinnten Staaten aber bestehen bleibt.<sup>20</sup> Allerdings ändern sich die Voraussetzungen, auf denen die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit beruht: Die umfassende Zusammenarbeit, die multilaterale Diplomatie und die globalen Grundsätze des Völkerrechts verlieren an Bedeutung. Zugleich steigt die Zahl jener Akteure, die versuchen, ihre außenpolitischen Interessen mit wirtschaftlichen Druckmitteln durchzusetzen.<sup>21</sup>

## Beispiele für Geoökonomie

Wirtschaftliche Sanktionen, Zölle und Abgaben, Export- oder Importkontrollen, Handelsabkommen und Entwicklungszusammenarbeit sind einige der Mittel, die Staaten zur Verfügung stehen, um geoökonomische Ziele zu erreichen. Sie können in defensive und offensive Maßnahmen unterteilt werden. Defensive Maßnahmen sollen



verhindern, dass ein Akteur in wirtschaftliche Abhängigkeiten gerät. Dazu gehören etwa die Überprüfung ausländischer Investoren, Maßnahmen zur Diversifizierung der Lieferketten und handelspolitische Schutzmaßnahmen wie Einfuhrbeschränkungen. Im Gegensatz dazu sind offensive Maßnahmen darauf ausgerichtet, die wirtschaftliche und geopolitische Macht eines Staates auszubauen. Dazu gehören beispielsweise die Kontrolle von Technologien, der Einsatz von Industriepolitik, um Wettbewerber zu unterbieten und wichtige globale Märkte zu dominieren, oder die Durchführung von Exportkontrollen, um Engpässe in wirtschaftlichen Sektoren zu verursachen.<sup>22</sup>

Diese Mittel machen auch klar, dass die großen wirtschaftlichen Unterschiede zwischen einzelnen Staaten ebenso große geoökonomische Auswirkungen haben. Im Falle von geoökonomischen Konflikten haben größere Volkswirtschaften weit mehr Möglichkeiten, wirtschaftlichen Druck auf andere Staaten auszuüben.<sup>23</sup> Sie spielen in der internationalen Geoökonomie daher eine herausragende Rolle.

Um dies anschaulich zu machen, wird im folgenden Abschnitt ein kompakter Überblick über geoökonomische Strategien der drei weltweit bedeutendsten Wirtschaftsräume – USA, China und Europäische Union – gegeben.

## **USA: Zölle als geoökonomisches Mittel**

Die Vereinigten Staaten werden als entscheidende Macht in der modernen Geoökonomie gesehen, weil sie in weltweiten Finanz-, Informations- und Technologienetzwerken eine zentrale Rolle spielen und durch ihre Größe ein wirtschaftlich bedeutender Markt sind.<sup>24</sup> Ein weiterer geoökonomischer Vorteil der USA ist ihre Selbstversorgung mit Lebensmitteln und Energie, wodurch sie weniger anfällig für Druck von außen sind.<sup>25</sup>

Im Wahlkampf um seine erste Präsidentschaft versprach Donald Trump 2016, im Falle seines Sieges die Industrie in den USA wiederzubeleben. Bereits während seiner ersten Amtszeit (2017–2021) nutzte Trump Zölle als wichtiges Element seiner Handelspolitik. Sie wurden auf Produkte aus China, das gegenüber den USA einen massiven Handelsbilanzüberschuss hatte, aber auch auf solche aus der EU und anderen Staaten verhängt. Dies war der Beginn eines anhaltenden Handelsstreits



zwischen den USA und China, der sich auch während der Präsidentschaft von Joe Biden (2021–2025) fortsetzte.

Nach seiner Wiederwahl zum Präsidenten und dem Beginn seiner zweiten Amtsperiode im Jahr 2025 setzte Trump noch stärker auf Zölle als handelspolitische Maßnahme, um die Wirtschaft der USA zu stärken. Dabei sollte nicht nur die Abhängigkeit von China verringert werden, sondern verbündete sowie geografisch näher liegende Staaten wie Vietnam und Mexiko sollten die Volksrepublik als Handelspartner ersetzen.<sup>26</sup>

Seitdem werden von der US-Regierung Zölle angedroht oder tatsächlich verhängt, um außenpolitische Ziele zu erreichen. Beispielsweise verhängte Trump am 2. April 2025 Zölle über Importe aus zahlreichen Staaten der Welt, unter denen sich auch viele traditionelle Verbündete der Vereinigten Staaten befanden. Diese Maßnahme wurde als „Abkehr von der jahrzehntelangen, von den USA angeführten Politik, die offenen Märkten und kooperativen Handelsbeziehungen Vorrang eingeräumt hatte“<sup>27</sup>, bezeichnet. Zölle bleiben trotz der Kritik von vielen Seiten ein von Trump oft genutztes Instrument, um geopolitische Ziele zu erreichen. So drohte er etwa jenen Staaten, die sich im Konflikt um Grönland gegen die Vereinigten Staaten stellten, mit Zöllen, zog diese Androhung aber nach wenigen Tagen wieder zurück.<sup>28</sup>

Trump nutzte bei der Verhängung von Zöllen auch die Abhängigkeit anderer Staaten von den USA, wie man an den Beispielen von Kanada und Mexiko erkennen kann. Die Wirtschaft der beiden Staaten ist zu einem hohen Grad auf die Vereinigten Staaten angewiesen. 72 % aller mexikanischen Exporte gehen in die USA. Kanada ist noch abhängiger von seinem südlichen Nachbarn, denn 77,6 % seiner Exporte werden dorthin geliefert. Trump machte sich dies zunutze und führte im März 2025 Zölle auf Produkte aus beiden Staaten ein, weil sie nach Meinung des US-Präsidenten zu wenig gegen den Drogenschmuggel in die USA unternehmen würden. Kanada antwortete darauf mit der Einführung von Zöllen auf Produkte aus den USA. Die Regierung in Washington erhöhte daraufhin ihre Zölle und Kanada musste angesichts des drohenden wirtschaftlichen Schadens seine Gegenmaßnahmen wieder zurücknehmen. Die Vereinigten Staaten hatten damit mit geoökonomischen Mitteln ihre Macht über



den Nachbarstaat demonstriert.<sup>29</sup>

Die Politik des US-Präsidenten wird zwar oft als „unberechenbar“<sup>30</sup> bezeichnet, allerdings verfolgt er mit ihr das übergeordnete Ziel, wirtschaftliche Abhängigkeiten der USA zu verringern und stattdessen Investitionen in den Vereinigten Staaten zu fördern. So hat Präsident Trump Zölle auf Einfuhren aus der EU, Japan und Südkorea angedroht, diese angekündigten Zölle aber verringert, als die drei betroffenen Handelspartner große Investitionen in den Vereinigten Staaten zusagten.<sup>31</sup> Die Unbeständigkeit dieser Vereinbarungen zeigte sich jedoch, als Präsident Trump die Zölle auf Produkte aus Südkorea nach einigen Monaten dennoch erhöhte.<sup>32</sup>

## **China: Über die Neue Seidenstraße zu weltweitem Einfluss?**

Der wohl größte Profiteur der internationalen Vernetzung des Handels ist die Volksrepublik China. Ihr wirtschaftlicher Aufstieg ging mit enormer Geschwindigkeit vor sich: Im Jahr 1990 stammten lediglich 1,8 % aller weltweiten Exporte aus China, bis zum Jahr 2024 verzehnfachte sich dieser Anteil nahezu auf 17,3 %.<sup>33</sup> Dieser rasante Anstieg lag vor allem daran, dass China nach seiner wirtschaftlichen Öffnung zur Werkbank der Welt geworden war und zahlreiche internationale Unternehmen die Fertigung ihrer Produkte nach China verlagerten.

Nach der Wahl von Xi Jinping zum Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas im November 2012 schlug das Land einen neuen Kurs ein: Xi wollte die Wertschöpfung der chinesischen Industrie erhöhen und China zum führenden Produzenten von Hightechprodukten machen. Diese Initiative wurde unter dem Titel Made in China 2025 bekannt. Als wichtigstes außenpolitisches Instrument wurde im Jahr 2013 die sogenannte Neue Seidenstraße (Belt and Road Initiative, BRI) verabschiedet. Ziel dieser Initiative ist, ein weltumspannendes Netz an Infrastruktur aufzubauen, das von Peking aus koordiniert wird. Die damit verbundenen Aufträge sollen an chinesische Unternehmen gehen, weltweit neue Absatzmärkte für chinesische Produkte erschließen und durch die Diversifizierung von Lieferketten die Verwundbarkeit der chinesischen Wirtschaft reduzieren.<sup>34</sup> Als Beispiel für die BRI



können chinesische Investitionen in Häfen angeführt werden: 95 % des chinesischen Außenhandels werden über das Meer abgewickelt. Deswegen hat China weltweit in 115 Häfen investiert, sei es durch den Neu- bzw. Ausbau von Häfen, sei es durch die Übernahme von Anteilen. In Europa erwarben chinesische Unternehmen unter anderem Anteile an wichtigen Häfen wie Rotterdam, Hamburg und Piräus. China hat damit aber nicht nur ein weltumspannendes wirtschaftliches Netzwerk geschaffen, ein Teil dieser Häfen kann auch militärisch genutzt werden.<sup>35</sup>

Wie von der Initiative Made in China 2025 vorgesehen, setzt China in seinen geoökonomischen Bestrebungen auf moderne Technologien. Die Volksrepublik wurde in den letzten Jahren zum weltgrößten Produzenten und Exporteur von Solarmodulen, Windturbinen und Elektrofahrzeugen.<sup>36</sup> Nachdem China das Angebot in diesem Bereich mit der Hilfe staatlicher Subventionen stark ausgeweitet hatte, entstanden erhebliche Überkapazitäten. Diese wurden zu günstigen Preisen exportiert, mit der Folge, dass etwa die Produkte der europäischen Industrie unterboten wurden.<sup>37</sup>

Bei der Entwicklung dieser grünen Technologien kam China zugute, dass es weltweit über die größten Förderstätten und Reserven an sogenannten seltenen Erden<sup>a</sup> verfügt. Diese Materialien sind für zahlreiche moderne Technologien unbedingt notwendig. Gerade die EU, aber auch die Vereinigten Staaten sind bei diesen Rohstoffen zu einem hohen Grad von Lieferungen aus China abhängig.<sup>38</sup>

Nachdem US-Präsident Trump Zölle auf chinesische Produkte verhängt hatte, reagierte die Regierung in Peking im Jahr 2025 mit Exporteinschränkungen bei seltenen Erden, von denen auch die EU betroffen war. Die Einschränkungen wurden von der chinesischen Regierung bis November 2026 suspendiert, machten aber

---

<sup>a</sup> Als seltene Erden werden die 17 Elemente Scandium, Yttrium, Lanthan, Cer, Praseodym, Neodym, Promethium, Samarium, Europium, Gadolinium, Terbium, Dysprosium, Holmium, Erbium, Thulium, Ytterbium und Lutetium bezeichnet. Verwendet werden sie beispielsweise in Nickel-Metallhydrid-Akkus (z. B. in Elektro- und Hybridautos und Laptops), Leuchtstofflampen, LCD- und Plasmabildschirmen, LEDs, Brennstoffzellen und Dauermagneten (z. B. in Windkraftanlagen). Quelle: Bundestag. Seltene Erden als wichtige Ressource. 16. Februar 2022. Abgerufen am 30. Jänner 2026. <https://www.bundestag.de/resource/blob/886424/16cb4318a6eaf7b2e5d2221d85e81927/WD-5-003-22-pdf-data.pdf>.



neuerlich die große Abhängigkeit der EU und der Vereinigten Staaten deutlich.<sup>39</sup>

## **EU: Auf dem Weg zu mehr Autonomie?**

Die Wirtschaftspolitik der EU ist seit ihrer Gründung darauf ausgerichtet, die nationalen Wirtschaften der Mitgliedstaaten zu öffnen und zu verschränken. Die gegenseitige Abhängigkeit in wirtschaftlichen Fragen sollte zu Spezialisierungen und wirtschaftlichen Gewinnen für alle Beteiligten führen. Zugleich sollte diese wirtschaftliche Integration Machtpolitik durch eine regelbasierte Ordnung ersetzen.

Die EU vertraute auch in ihren Handelsbeziehungen nach außen auf eine regelbasierte internationale Ordnung und ging davon aus, dass andere Akteure dies ebenfalls tun würden. Die verstärkte Nutzung geoökonomischer Maßnahmen durch andere Akteure stellt die EU daher vor große Herausforderungen. China, die Vereinigten Staaten und andere Akteure nutzen ihre Handels- und Investitionspolitik, um strategische und sicherheitspolitische Ziele zu erreichen. Dadurch erhöhte sich die Gefahr, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten in wirtschaftliche Abhängigkeiten und damit unter geopolitischen Druck geraten.<sup>40</sup>

Die EU arbeitet seit einiger Zeit verstärkt daran, ihre Abhängigkeiten zu verringern. Bereits im Jahr 2016 hielt der Europäische Rat dazu fest: „Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten müssen imstande sein, [...] autonom zu handeln, wann und wo dies erforderlich ist, und mit Partnern zu handeln, wann immer dies möglich ist.“<sup>41</sup> Deswegen beschloss die EU in den letzten Jahren eine Vielzahl an Maßnahmen, um ihre wirtschaftliche und industrielle Unabhängigkeit zu stärken.<sup>42</sup>

Als Beispiel dafür kann die Europäische Strategie für wirtschaftliche Sicherheit genannt werden, die 2023 verabschiedet wurde. Die Kommission kommt darin zum Schluss, „dass Europa in einigen Fällen unzureichend auf die neuen und sich abzeichnenden Risiken vorbereitet war.“<sup>43</sup> Zu diesen Risiken gehören nach Einschätzung der Kommission die Anfälligkeit von Lieferketten, die Sicherheit kritischer Infrastruktur, Technologiesicherheit, der Abfluss von Technologien, wirtschaftliche Abhängigkeiten sowie wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen.<sup>44</sup>



Um diese Risiken zu verringern, werden folgende Ziele verfolgt:

- ◆ Verbesserung der Resilienz der EU und Stärkung der Lieferketten (konkrete Schritte sind etwa die Vertiefung des Binnenmarkts, Investitionen in die Wirtschaft oder die Diversifizierung der Bezugsquellen und der Exportmärkte);
- ◆ die Verbesserung der wirtschaftlichen Sicherheit (etwa durch handelspolitische Schutzmaßnahmen oder die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen);
- ◆ verstärkte Zusammenarbeit mit all jenen Ländern, die die Bedenken der EU teilen bzw. die gleichen Interessen wie die EU haben.<sup>45</sup>

Wenige Monate später wurde die Verordnung über den Schutz der Union und ihrer Mitgliedstaaten vor wirtschaftlichem Zwang durch Drittländer erlassen. Damit schuf die EU ein Mittel, um gegen wirtschaftlichen Druck von Drittstaaten vorgehen zu können.<sup>46</sup> Es soll dann zum Einsatz kommen, wenn Drittländer in Entscheidungen der EU oder eines Mitgliedstaats eingreifen, indem sie handelspolitische Maßnahmen anwenden oder androhen. Sollte der fragliche Drittstaat seine Zwangsmaßnahmen nicht zurücknehmen, so kann die EU auf diesen Druck reagieren und ihrerseits Maßnahmen (etwa die Einführung von Zöllen oder Beschränkungen bei der Ein- bzw. Ausfuhr von Waren) gegen den Drittstaat verhängen.<sup>47</sup> Die EU könnte damit den Zugang zu einem Markt von beinahe 500 Mio. Konsumentinnen und Konsumenten einschränken oder sperren. Das Instrument dient vor allem zur Abschreckung, damit die EU glaubwürdig mit Gegensanktionen drohen kann.<sup>48</sup>

Maßnahmen dieses Instruments werden im EU-Rat mit qualifizierter Mehrheit beschlossen. Dabei müssen die beiden folgenden Bedingungen gleichzeitig erfüllt werden: 55 % der Mitgliedstaaten (in der Praxis bedeutet das 15 von 27) stimmen für den Vorschlag und der Vorschlag wird von Mitgliedstaaten unterstützt, die zusammen mindestens 65 % der Gesamtbevölkerung der EU ausmachen.<sup>49</sup> Wie bei vielen Fragen in der EU stellt sich allerdings auch bei der möglichen Anwendung des Instruments zur Bekämpfung von Zwangsmaßnahmen die Frage nach der Einigkeit der Union bzw. dem Wunsch einzelner Mitgliedstaaten, nationale Interessen zu verfolgen.<sup>50</sup> Dies zeigte sich, als US-Präsident Trump im Jänner 2026 Zölle gegen acht europäische Staaten ankündigte, um sie im Streit über den von ihm geplanten Erwerb von



Grönland unter Druck zu setzen. Der französische Präsident Emmanuel Macron forderte den Einsatz von Gegenmaßnahmen, wie sie im Instrument zur Bekämpfung von Zwangsmaßnahmen vorgesehen sind.<sup>51</sup> Diese Forderung wurde aber nicht von allen Mitgliedstaaten geteilt.<sup>52</sup> Bislang (Stand 30. März 2026) hat die EU noch keine Gegenmaßnahmen des Instruments verhängt.

Die Krisen der letzten Jahre (etwa die Covid-19-Pandemie oder der russische Angriffskrieg auf die Ukraine) haben die Abhängigkeiten der EU neuerlich deutlich gemacht und waren somit ein weiterer Anstoß, die Eigenständigkeit der Union voranzutreiben. Sie steht dabei allerdings vor zahlreichen Herausforderungen: Im Energiebereich führte der russische Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 zu einer Neuausrichtung der Versorgung. Die EU verringerte seitdem ihre Abhängigkeit von russischen Lieferungen. Im Mai 2025 entschied die EU, im Rahmen des sogenannten REPowerEU-Fahrplans ihre Abhängigkeit von russischer Energie völlig zu beenden, indem sie die Einfuhren von russischem Gas und Öl einstellt.<sup>53</sup> Kritisch wird in diesem Zusammenhang angemerkt, dass die EU zwar ihre Abhängigkeit von russischer Energie reduziert, zugleich aber in neue Abhängigkeiten gerät. So wurden die Vereinigten Staaten zum wichtigsten Lieferanten von Flüssiggas.<sup>54</sup> Angesichts der jüngsten handelspolitischen Spannungen mit dem langjährigen Verbündeten USA plädieren Expertinnen bzw. Experten dafür, diese neue Abhängigkeit zu verringern.<sup>55</sup>

Auch im Verhältnis zwischen der EU und China spielen geoökonomische Überlegungen eine wichtige Rolle. Im März 2019 beschrieb die Europäische Kommission das vielschichtige Verhältnis zu China mit den Worten:

„China ist zugleich [...] ein Kooperationspartner, mit dem die EU eng ausgerichtete Ziele hat, ein Verhandlungspartner, mit dem die EU ein Gleichgewicht der Interessen finden muss, ein wirtschaftlicher Mitbewerber auf der Suche nach Technologieführerschaft und ein systemischer Rivale, der alternative Modelle der Staatsführung fördert.“<sup>56</sup>

Seitens der EU wurde immer wieder kritisiert, dass China durch staatliche Subventionen für seine Produkte den Markt verzerre und sich auf diese Weise wirtschaftliche Vorteile verschaffe. Diese Differenzen kamen auch beim letzten



Gipfeltreffen zwischen der EU und China im Juli 2025 zur Sprache. Ursula von der Leyen, die Präsidentin der Europäischen Kommission, verlangte Maßnahmen der chinesischen Regierung, um diese Ungleichheiten zu verringern. Falls das nicht der Fall sein sollte, sei es laut von der Leyen für die EU schwierig, ihre derzeitige Offenheit im Handel beizubehalten.<sup>57</sup>

Nach der Strategie für wirtschaftliche Sicherheit und dem Instrument zur Bekämpfung von Zwangsmaßnahmen erläuterte die Europäische Kommission am Ende des Jahres 2025 in einer Mitteilung, wie die wirtschaftliche Sicherheit der EU weiter gestärkt werden soll. Angesichts der zunehmenden externen wirtschaftlichen Bedrohungen soll die EU stärker und krisenfester werden, zugleich soll aber ihre Offenheit und das Engagement für internationalen Handel und internationale Investitionen aufrecht bleiben.<sup>58</sup> Schließlich erließ die EU eine Verordnung, um die Versorgung der EU mit kritischen Rohstoffen, die eine Schlüsselrolle bei grünen und digitalen Technologien sowie in der Verteidigungspolitik spielen, sicherzustellen.<sup>59</sup>

Auch in der technologischen Entwicklung will die EU unabhängiger von anderen Akteuren werden. So soll etwa das KI-Gesetz die EU in die Lage versetzen, in diesem Bereich „weltweit eine führende Rolle zu spielen.“<sup>60</sup> Neben diesem Gesetz sollen zahlreiche andere Maßnahmen die digitale Souveränität der EU stärken und sie unabhängiger von anderen Akteuren machen.<sup>61</sup>

Die EU hat in den letzten Jahren also eine Reihe von Schritten unternommen, um ihre wirtschaftspolitische Lage zu verbessern. In diesem Zusammenhang wird allerdings kritisiert, dass diese Maßnahmen überwiegend defensiv ausgerichtet sind. Die EU will „sich damit vor allem nach außen schützen, anstatt ihre eigenen Stärken auszubauen und zu nutzen.“<sup>62</sup>

Ein nicht nur defensives, sondern von der EU offensiv betriebenes Element, um die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Union zu sichern und um ihren Außenhandel auf eine breitere Basis zu stellen, sind Freihandelsabkommen mit Drittstaaten. Diese tragen nach Ansicht der Europäischen Kommission zu „Risikominderung, Diversifizierung und Verringerung von Abhängigkeiten“<sup>63</sup> bei.



Die gemeinsame Handelspolitik ist eine sogenannte ausschließliche Zuständigkeit der EU, das heißt, dass nur die EU, nicht aber ihre Mitgliedstaaten internationale Handelsabkommen abschließen kann.<sup>64</sup> Fällt der Gegenstand eines Handelsabkommens nicht bzw. nicht vollständig in die ausschließliche Zuständigkeit der EU, wird ein sogenanntes gemischtes Abkommen abgeschlossen. Dies bedeutet, dass neben der EU alle einzelnen Mitgliedstaaten die Übereinkunft zeichnen und ratifizieren müssen, bevor sie am Ende einheitlich für die EU und ihre Mitgliedstaaten in Kraft treten kann.<sup>65</sup>

Die Reaktionen auf Freihandelsabkommen der EU fielen bzw. fallen allerdings sehr unterschiedlich aus: Während etwa die Abkommen mit Japan, Neuseeland und Indien sehr positiv aufgenommen wurden,<sup>66</sup> waren bzw. sind die Abkommen mit Kanada (Comprehensive Economic and Trade Agreement, CETA), den USA (Transatlantic Trade and Investment Partnership, TTIP) und der südamerikanischen Freihandelsorganisation Mercosur (siehe dazu das Dossier der Parlamentsdirektion [Mercosur und die Europäische Union](#))<sup>67</sup> sehr umstritten.

Mehrere Handelsabkommen der EU, zuletzt das geplante Abkommen zwischen der EU und dem Mercosur, wurden in zwei Teile gespalten, um ein rasches Inkrafttreten jener Teile des Abkommens, die in die ausschließliche Zuständigkeit der EU fallen, zu ermöglichen.<sup>68</sup> So wurde beim Mercosur-Abkommen ein Teil als Interimshandelsabkommen verabschiedet, das die Handels- und Investitionsverpflichtungen enthält, welche sich in der ausschließlichen Kompetenz der EU befinden und über dessen (vorläufige) Anwendung auf EU-Ebene bereits vor dem Inkrafttreten des Partnerschaftsabkommens entschieden werden kann.<sup>69</sup> Der zweite Teil ist ein Partnerschaftsabkommen, das unter anderem den politischen Dialog und die Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Mercosur (sowie weitere Materien, welche sich in der geteilten Zuständigkeit befinden) regelt. Dabei handelt es sich um ein gemischtes Abkommen, für dessen Abschluss die innerstaatliche Ratifikation – in der Regel durch die nationalen Parlamente – eine zwingende Voraussetzung darstellt.

Der Rat der Europäischen Union stimmte dem Abschluss beider Abkommen am



9. Jänner 2026 mehrheitlich zu (Österreich stimmte dabei gegen den Abschluss)<sup>70</sup>, und am 17. Jänner wurde das Abkommen von der Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen und den vier Präsidenten der Mercosur-Staaten unterzeichnet.<sup>71</sup> Wenige Tage danach verabschiedete das Europäische Parlament eine Entschließung und ersuchte darin den Europäischen Gerichtshof, zu prüfen, ob das EU-Mercosur Abkommen mit den EU-Verträgen vereinbar ist.<sup>72</sup> Das Europäische Parlament zeigte sich in diesem Dokument besorgt, dass die Aufteilung des Mercosur-Abkommens der EU in das Partnerschaftsabkommen und das Interimsabkommen nicht mit dem EU-Recht vereinbar sein, sich auf die Abstimmungsregeln im Rat auswirken und die nationalen Parlamente daran hindern könnte, ihr Recht auf Mitsprache auszuüben.<sup>73</sup> Der Abschluss des Abkommens wird sich dadurch verzögern, weil das Europäische Parlament die Stellungnahme des Europäischen Gerichtshofs abwarten und erst danach abstimmen will, ob es dem Abschluss der Abkommen zustimmt.<sup>74</sup> Am 27. Februar 2026 informierte die Europäische Kommission, dass diese Überprüfung nichts an der bereits im Jänner gemeinsam mit der Unterzeichnung beschlossenen vorläufigen Anwendung des Abkommen ändert.<sup>75</sup>

Im Kontext der geoökonomischen Aktivitäten der EU ist weiters die Initiative Global Gateway zu erwähnen. Das Vorhaben wurde im Jahr 2021 ins Leben gerufen. Global Gateway soll bis zu 300 Mrd. EUR an Finanzmitteln mobilisieren, die in den Bereichen Digitales, Klima und Energie, Verkehr, Gesundheit sowie Bildung und Forschung investiert werden. Die EU will damit hochwertige Infrastruktur fördern, zugleich aber auch ihre Werte Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte weltweit fördern. Ein wichtiger Aspekt der Initiative ist die Stärkung von Unternehmen aus der EU.<sup>76</sup> Die Projekte im Rahmen von Global Gateway sollen sich an den „Bedürfnissen und Möglichkeiten der Wirtschaft und der Gemeinschaften vor Ort sowie an den strategischen Interessen der EU orientieren.“<sup>77</sup>

Aufgrund des Ziels, weltweit in Projekte zu investieren, wurde Global Gateway oftmals als europäische Antwort auf die chinesische BRI beschrieben. Die Initiative wurde kritisiert, weil sie entwicklungspolitische Ziele und geoökonomische Interessen der EU vereinen soll, diese aber in manchen Fällen in Widerspruch zueinander stehen können. Nach Ansicht von Expertinnen und Experten ist es auch nicht gelungen,



genug Engagement der EU-Mitgliedstaaten für Global Gateway zu erreichen.<sup>78</sup>

Andere Analysen betonen die positiven Seiten von Global Gateway: Demnach sei das Programm – anders als etwa die chinesische BRI – für die teilnehmenden Drittstaaten von Vorteil und ein Mittel, mit dem die EU weltweit „dauerhaften Einfluss zu akzeptablen Kosten“<sup>79</sup> gewinnen könne.

## Geoökonomie im österreichischen Parlament

Geoökonomische Fragen werden im österreichischen Parlament überwiegend im Zusammenhang mit der EU behandelt, zumal die Handelspolitik der EU-Mitgliedstaaten und damit geoökonomische Fragen weitgehend in die ausschließliche Zuständigkeit der EU fallen. Das österreichische Parlament kann sich in diesen Fällen im Rahmen des EU-Mitwirkungsverfahrens einbringen.<sup>80</sup> Im Falle von gemischten Abkommen wird das Abkommen nicht nur auf europäischer Ebene, sondern auch auf jener der einzelnen Mitgliedstaaten unterzeichnet und ratifiziert; das österreichische Parlament ist in solchen Fällen auch in den Ratifikationsprozess eingebunden.

Beispiele für geoökonomische Themen, die intensiv im österreichischen Parlament behandelt wurden und die viel öffentliche Aufmerksamkeit bekommen haben, sind vor allem die Freihandelsabkommen der EU. Während manche Freihandelsabkommen der EU ohne vertiefte politische Diskussionen abgeschlossen wurden, standen bzw. stehen andere – vor allem die Abkommen mit Kanada, den Vereinigten Staaten und der südamerikanischen Freihandelszone Mercosur – im Fokus der Öffentlichkeit.

Im Verlauf der Verhandlungen über das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada fand im Juni 2016 eine breit angelegte Enquete im österreichischen Parlament statt, an der der damalige Bundeskanzler Christian Kern (SPÖ) sowie weitere Vertreterinnen und Vertreter der Bundesregierung sowie aus Wissenschaft, Wirtschaft und Nichtregierungsorganisationen teilnahmen. Die damals zuständige EU-Kommissarin Cecilia Malmström nahm ebenfalls teil.<sup>81</sup> Das Abkommen wurde in verschiedenen Ausschusssitzungen (etwa im Ständigen Unterausschuss des Hauptausschusses in Angelegenheiten der EU,<sup>82</sup> im Wirtschaftsausschuss<sup>83</sup> und im Verfassungsausschuss<sup>84</sup>) des Nationalrates debattiert und stand auch im Plenum des



Nationalrates mehrmals auf der Tagesordnung.<sup>85</sup> Schließlich wurde das Abkommen mehrheitlich mit den Stimmen von ÖVP, FPÖ und NEOS genehmigt.<sup>86</sup> Auch im Bundesrat wurde sowohl in Ausschuss-<sup>87</sup> wie auch in Plenarsitzungen über CETA diskutiert, ehe die Länderkammer das Abkommen genehmigte.<sup>88</sup>

Das geplante Freihandelsabkommen der EU mit den Vereinigten Staaten war ebenfalls sehr umstritten und stand mehrmals auf der Tagesordnung von Sitzungen des österreichischen Parlaments. Im Fall von TTIP wurde unter anderem eine Bürgerinitiative behandelt, die sich für die Offenlegung der Verhandlungsdokumente und einen demokratischen Verhandlungsprozess einsetzte.<sup>89</sup> Aus einer Vielzahl von Gründen konnte zwischen der EU und den USA keine Einigung erzielt werden und die Verhandlungen über das Abkommen endeten im Jahr 2016 ergebnislos.<sup>90</sup>

Das Freihandelsabkommen der EU mit dem südamerikanischen Mercosur sorgte für intensive Debatten im österreichischen Parlament. Neben Entschließungen des Nationalrates und Bundesrates sind insbesondere die Stellungnahmen gemäß Art. 23e B-VG des Nationalrates und Bundesrates hervorzuheben. Dabei handelt es sich um eines der stärksten EU-Mitwirkungsrechte des österreichischen Parlaments, das dem Nationalrat wie auch dem Bundesrat die Möglichkeit einräumt, dem zuständigen österreichischen Mitglied der Bundesregierung eine Verhandlungs- oder Abstimmungsposition im Rat der EU vorzugeben.

Kurz vor Ende der XXVI. Gesetzgebungsperiode beschloss der Ständige Unterausschuss des Hauptausschusses des Nationalrates in Angelegenheiten der EU in seiner Sitzung vom 18. September 2019 zwei Stellungnahmen gem. Art. 23e B-VG zum Thema Mercosur. Die erste wurde mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ, FPÖ und JETZT mehrheitlich<sup>91</sup> angenommen und fordert die Bundesregierung auf, sicherzustellen, dass Österreich in den EU-Gremien gegen den Abschluss des Handelsabkommens mit den Mercosur-Staaten auftritt.<sup>92</sup> Ebenfalls in dieser Sitzung wurde ein weiterer Antrag gemäß Art. 23e B-VG mehrheitlich mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ, FPÖ und JETZT angenommen,<sup>93</sup> mit dem die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung aufgefordert wurden, auf europäischer Ebene alle Maßnahmen zu ergreifen, um einen Abschluss des Mercosur-Abkommens zu verhindern.<sup>94</sup> Diese



ablehnende Haltung des Nationalrates wurde durch die Annahme zweier (zu den im Nationalrat angenommenen) wortidenter Stellungnahmen gem. Art. 23e B-VG am 10. März 2020 im EU-Ausschuss des Bundesrates verstärkt. Im Ergebnis stimmte Österreich bei der Abstimmung im EU-Rat am 9. Jänner 2026 unter Berufung auf die bindende Stellungnahme des Parlaments gegen den Abschluss des Abkommens.

Ein weiteres Beispiel für eine geoökonomische Maßnahme der EU, die im österreichischen Parlament debattiert wurde, war die EU-Verordnung zur Schaffung eines Rahmens für die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen in der Union. Auf dieser Grundlage verabschiedete das österreichische Parlament im Juli 2020 das sogenannte Investitionskontrollgesetz.<sup>95</sup> Es sieht vor, dass der Erwerb österreichischer Unternehmen durch natürliche oder juristische Personen aus Drittstaaten unter bestimmten Bedingungen einer Genehmigungspflicht unterliegt. Geprüft wird dabei, ob die geplante Transaktion zu einer Gefährdung der Sicherheit oder öffentlichen Ordnung führen kann. Als besonders sensible Bereiche wurden in diesem Zusammenhang Verteidigungsgüter und -technologien, kritische Energieinfrastruktur, kritische digitale Infrastruktur, Wasser sowie Systeme, die die Datensouveränität der Republik Österreich gewährleisten, definiert.<sup>96</sup>

## Ausblick

Die letzten Jahre haben gezeigt, wie sehr die wirtschaftliche Entwicklung der Welt mit geopolitischen Fragen verknüpft ist. Die Globalisierung hatte weltweite Produktions- und Lieferketten entstehen lassen. Durch die sogenannte geoökonomische Wende wird das bis dahin dominante marktwirtschaftliche Denken durch ein außen- und sicherheitspolitisches ersetzt. Dies betrifft nicht nur staatliches wirtschaftliches Handeln, auch Unternehmen müssen in der aktuellen Denkweise oftmals politische Vorgaben berücksichtigen oder umsetzen.<sup>97</sup>

Nicht absehbar ist, wie sich die internationalen und damit die geoökonomischen Beziehungen in nächster Zeit ändern werden. Ob die Rückkehr zur regelbasierten und multilateralen internationalen Ordnung in nächster Zeit möglich ist, ist fraglich.<sup>98</sup> Gerade für die österreichische Wirtschaft mit ihrem hohen Exportanteil wäre die



Beseitigung von internationalen Wettbewerbsverzerrungen jedoch wichtig, um die Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Unternehmen zu wahren.<sup>99</sup>

Offen bleibt auch, wie die EU in der kommenden Zeit auf die geoökonomischen und geopolitischen Herausforderungen reagieren wird. Experten eines EU-nahen Think Tanks bezeichneten die bisherigen Maßnahmen der EU als „eine gute Grundlage“, betonte aber, dass „es [...] weiterer Maßnahmen [bedarf], um die verschiedenen Elemente [...] zu einer kohärenten Strategie zu verbinden, die es ihr ermöglicht, ihre geoökonomische Position zu stärken und Herausforderungen zu bewältigen.“<sup>100</sup>



- <sup>1</sup> Dix, Arthur. *Geoökonomie – Einführung in die erdhafte Wirtschaftsbetrachtung*. Oldenburg. München und Berlin 1925, S. 20.
- <sup>2</sup> Pfeiffer, Christian. „Normative und theoretische Grundlagen geoökonomischen Denkens.“ Hilpert, Hanns Günther, Sascha Lohmann (Hg.). *Mehr Macht, weniger Markt – Denken und Handeln in der geoökonomischen Zeitenwende*. SWP Studie 16. Oktober 2025. Abgerufen am 9. Jänner 2024. [https://www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2025S16\\_GeoökonomischeZeitenwende.pdf](https://www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2025S16_GeoökonomischeZeitenwende.pdf), S. 20.
- <sup>3</sup> Röpke, Wilhelm. *Die Konjunktur: ein systematischer Versuch als Beitrag zur Morphologie der Verkehrswirtschaft*. Fischer. Jena 1922, S. 13.
- <sup>4</sup> Pfeiffer, Christian. „Normative und theoretische Grundlagen geoökonomischen Denkens.“ Hilpert, Hanns Günther, Sascha Lohmann (Hg.). *Mehr Macht, weniger Markt – Denken und Handeln in der geoökonomischen Zeitenwende*. SWP Studie 16. Oktober 2025. Abgerufen am 9. Jänner 2024. [https://www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2025S16\\_GeoökonomischeZeitenwende.pdf](https://www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2025S16_GeoökonomischeZeitenwende.pdf), S. 21.
- <sup>5</sup> Orig. Zitat: „This neologism is the best term I can think of to describe the admixture of the logic of conflict with the methods of commerce.“ [Übersetzt durch den Verfasser]. Luttwak, Edward. „From Geopolitics to Geo-Economics: Logic of Conflict, Grammar of Commerce“. *The National Interest* No. 20 Summer 1990, S. 19
- <sup>6</sup> Orig. Zitat: „[...] geoeconomic priorities and modalities are becoming dominant in state action.“ [Übersetzt durch den Verfasser]. Luttwak, Edward. „From Geopolitics to Geo-Economics: Logic of Conflict, Grammar of Commerce“. *The National Interest* No. 20 Summer 1990, S. 20.
- <sup>7</sup> Babić, Milan. *Die Geoökonomisierung der Weltwirtschaft*. Bundeszentrale für politische Bildung. 29. September 2025. Abgerufen am 18. Jänner 2026. <https://www.bpb.de/themen/wirtschaft/freihandel/geoökonomie/571100/die-geoökonomisierung-der-weltwirtschaft/>.
- <sup>8</sup> Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik. *Geoökonomie*. Abgerufen am 4. Dezember 2025. <https://dgap.org/de/forschung/expertise/geoökonomie#:~:text=Der%20Schwerpunkt%20%E2%80%9EGeo%C3%B6konomie%E2%80%9C%20untersucht%2C,der%20neuen%20internationalen%20Ordnung%20mitdefinieren.>
- <sup>9</sup> Orig. Zitat: „[...] the field of study that examines the link between geopolitics and economics.“ [Übersetzt durch den Verfasser]. Mohr, Cathrin, Christoph Trebesch. *Geoeconomics*. Kiel Working Paper No. 2279. Jänner 2025. Abgerufen am 9. Dezember 2025. [https://www.kielinstitut.de/fileadmin/Dateiverwaltung/IfW-Publications/fis-import/a6a8892c-2825-48fb-ac26-aeae29a3c38a-KWP\\_2279.pdf](https://www.kielinstitut.de/fileadmin/Dateiverwaltung/IfW-Publications/fis-import/a6a8892c-2825-48fb-ac26-aeae29a3c38a-KWP_2279.pdf), S. 2.
- <sup>10</sup> Godehardt, Nadine. „Die Bedeutung von Raum in der geoökonomischen Zeitendwende.“ Hilpert, Hanns Günther, Sascha Lohmann (Hg.). *Mehr Macht, weniger Markt – Denken und Handeln in der geoökonomischen Zeitenwende*. SWP Studie 16. Oktober 2025. Abgerufen am 9. Jänner 2024. [https://www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2025S16\\_GeoökonomischeZeitenwende.pdf](https://www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2025S16_GeoökonomischeZeitenwende.pdf).
- <sup>11</sup> Voelsen, Daniel. „Technologie als Machtressource im geoökonomischen Kalkül der Staaten.“ Hilpert, Hanns Günther, Sascha Lohmann (Hg.). *Mehr Macht, weniger Markt – Denken und Handeln in der geoökonomischen Zeitenwende*. SWP Studie 16. Oktober 2025. Abgerufen am 9. Jänner 2024. [https://www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2025S16\\_GeoökonomischeZeitenwende.pdf](https://www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2025S16_GeoökonomischeZeitenwende.pdf), S. 36.
- <sup>12</sup> Babić, Milan. *Geoökonomie. Anatomie einer neuen Weltordnung*. Berlin: Suhrkamp, 2025, S. 10.
- <sup>13</sup> Worldbank. Trade (% of GDP). Abgerufen am 27. Jänner 2026. <https://data.worldbank.org/indicator/NE.TRD.GNFS.ZS>.
- <sup>14</sup> Parlamentsdirektion. *Geopolitik*. 12. Februar 2024. Abgerufen am 21. Februar 2026. <https://www.parlament.gv.at/dokument/dossiers-eu-internationales/Geopolitik.pdf>.
- <sup>15</sup> Internationaler Währungsfonds. *Geoeconomic Fragmentation and the Future of Multilateralism*. Jänner 2023. Abgerufen am 5. Dezember 2025. <https://www.imf.org/-/media/files/publications/sdn/2023/english/sdnea2023001.pdf>, S. 5.
- <sup>16</sup> Babić, Milan. *Geoökonomie. Anatomie einer neuen Weltordnung*. Berlin: Suhrkamp, 2025, S. 54.



- <sup>17</sup> Gehringer, Agnieszka. *Ist die Globalisierung am Ende?* 21. August 2025. Abgerufen am 5. Dezember 2025. <https://www.bpb.de/themen/wirtschaft/freihandel/geoökonomie/562287/ist-die-globalisierung-am-ende/#footnote-target-3>.
- <sup>18</sup> Gehringer, Agnieszka. *Ist die Globalisierung am Ende?* 21. August 2025. Abgerufen am 5. Dezember 2025. <https://www.bpb.de/themen/wirtschaft/freihandel/geoökonomie/562287/ist-die-globalisierung-am-ende/#footnote-target-3>.
- <sup>19</sup> Gao, Zidong. *Is the world economy deglobalizing?* 23. Jänner 2024. Abgerufen am 19. Jänner 2026. <https://privatebank.ipmorgan.com/eur/en/insights/markets-and-investing/is-the-world-economy-deglobalizing>.
- <sup>20</sup> Gehringer, Agnieszka. *Ist die Globalisierung am Ende?* 21. August 2025. Abgerufen am 5. Dezember 2025. <https://www.bpb.de/themen/wirtschaft/freihandel/geoökonomie/562287/ist-die-globalisierung-am-ende/#footnote-target-3>.
- <sup>21</sup> Ott, Andrea. *It's Geoeconomics, stupid!* 15. Jänner 2026. Abgerufen am 18. Jänner 2026. <https://verfassungsblog.de/greenland-geoeconomics/>.
- <sup>22</sup> Danzman, Sarah Bauerle, Sophie Meunier. „The EU's Geoeconomic Turn: From Policy Laggard to Institutional Innovator“. *Journal of Common Market Studies* 2024 Volume 62. Number 4, S. 1099.
- <sup>23</sup> Tellenne, Cedric. „La géoéconomie a supplanté la géopolitique“. *Idées reçues sur la géopolitique et la géoéconomie* 2023. Abgerufen am 9. Dezember 2025. <https://shs.cairn.info/idees-recues-sur-la-geopolitique-et-la-geo-economie--9791031806136-page-29?lang=fr>, S. 34.
- <sup>24</sup> Medunić, Filip. *How States Are Adapting to the Age of Geoeconomics*. 11. Juni 2025. Abgerufen am 20. Jänner 2026. <https://ip-quarterly.com/en/how-states-are-adapting-age-geoeconomics>.
- <sup>25</sup> Suzuki, Kazuoto. *Trump's Tariff Policy through a Geoeconomic Perspective*. 10 Oktober 2025. Abgerufen am 26. Jänner 2026. <https://instituteofgeoeconomics.org/en/research/trumps-tariff-policy-through-a-geoeconomic-perspective/>.
- <sup>26</sup> Mohr, Cathrin, Christoph Trebesch. „Geoeconomics.“ Kiel Working Paper No. 2279. Jänner 2025. Abgerufen am 9. Dezember 2025. [https://www.kielinstitut.de/fileadmin/Dateiverwaltung/IfW-Publications/fis-import/a6a8892c-2825-48fb-ac26-aeae29a3c38a-KWP\\_2279.pdf](https://www.kielinstitut.de/fileadmin/Dateiverwaltung/IfW-Publications/fis-import/a6a8892c-2825-48fb-ac26-aeae29a3c38a-KWP_2279.pdf), S. 12.
- <sup>27</sup> Orig. Zitat: „[...] a dramatic escalation of a broader shift away from decades of American-led policy that had prioritized open markets and cooperative trade relationships.“ [Übersetzt durch den Verfasser]. McDowell, Michael. *The U.S.-China Trade War Is the Return of Geoeconomics*. 29. April 2025. Abgerufen am 26. Jänner 2026. <https://www.gsb.stanford.edu/insights/us-china-trade-war-return-geoeconomics>.
- <sup>28</sup> Reuters. *Trump backs down on Greenland tariffs, says deal framework reached*. 22. Jänner 2026. Abgerufen am 26. Jänner 2026. <https://www.reuters.com/business/davos/determined-seize-greenland-trump-faces-tough-reception-davos-2026-01-21/>.
- <sup>29</sup> Suzuki, Kazuoto. *Trump's Tariff Policy through a Geoeconomic Perspective*. 10 Oktober 2025. Abgerufen am 26. Jänner 2026. <https://instituteofgeoeconomics.org/en/research/trumps-tariff-policy-through-a-geoeconomic-perspective/>.
- <sup>30</sup> S. bspw. Collinson, Stephen. *Trump's latest TACO moment puts his increasingly erratic temperament in the spotlight*. 22. Jänner 2026. Abgerufen am 26. Jänner 2026. <https://edition.cnn.com/2026/01/21/politics/taco-trump-greenland-davos-tariffs>.
- <sup>31</sup> Suzuki, Kazuoto. *Trump's Tariff Policy through a Geoeconomic Perspective*. 10 Oktober 2025. Abgerufen am 26. Jänner 2026. <https://instituteofgeoeconomics.org/en/research/trumps-tariff-policy-through-a-geoeconomic-perspective/>.
- <sup>32</sup> Buchwald, Elisabeth. *Trump says he's raising tariffs on South Korea because it's 'not living up' to trade agreement*. 27. Jänner 2026. Abgerufen am 27. Jänner 2026. <https://edition.cnn.com/2026/01/26/economy/tariffs-trump-south-korea>.
- <sup>33</sup> Medunić, Filip. *How States Are Adapting to the Age of Geoeconomics*. 11. Juni 2025. Abgerufen am 20. Jänner 2026. <https://ip-quarterly.com/en/how-states-are-adapting-age-geoeconomics>.
- <sup>34</sup> Noesselt, Nele. *Chinas Außen- und Wirtschaftspolitik in der Xi-Ära*. 19. März 2021. Abgerufen am 29. Jänner 2026. <https://www.bpb.de/themen/asien/china/328793/chinas-aussen-und-wirtschaftspolitik-in-der-xi-aera/>.
- <sup>35</sup> Council on Foreign Relations. *Tracking China's Control of Overseas Ports*. 26. August 2024. Abgerufen am 29. Jänner 2026. <https://www.cfr.org/trackers/china-overseas-ports>.



- <sup>36</sup> Plattform Industrie 4.0. *Chinas grüne Technologieführerschaft nach Plan: Was passiert, wenn ein Land seine Strategien umsetzt*. Abgerufen am 30. Jänner 2026. <https://plattformindustrie40.at/blog/2025/02/19/chinas-gruene-technologiefuehrerschaft-nach-plan-was-passiert-wenn-ein-land-seine-strategien-umsetzt/>.
- <sup>37</sup> Draghi, Mario. *Radical change is what is needed*. 16. April 2024. Abgerufen am 27. Jänner 2026. <https://geopolitique.eu/en/2024/04/16/radical-change-is-what-is-needed/>.
- <sup>38</sup> Europäische Kommission. *Study on Critical Raw Materials for the EU 2023*. Abgerufen am 30. Jänner 2026. <https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/57318397-fdd4-11ed-a05c-01aa75ed71a1>, S. 26.
- <sup>39</sup> Europäisches Parlament. *China's rare-earth export restrictions*. November 2025. Abgerufen am 30. Jänner 2026. <https://fiia.fi/en/publication/the-eus-quest-for-geo-economic-power>.
- <sup>40</sup> Helwig, Niklas, Mikael Wigell. *The EU's quest for geo-economic power: Pursuing open strategic autonomy*. Finnish Institute of International Affairs Briefing Paper 03/2022. Abgerufen am 20. Jänner 2026. <https://fiia.fi/en/publication/the-eus-quest-for-geo-economic-power>.
- <sup>41</sup> Europäischer Rat. *Tagung des Europäischen Rates 15. Dezember 2016 – Schlussfolgerungen*. 15. Dezember 2016. Abgerufen am 4. Dezember 2025. <https://www.consilium.europa.eu/media/21911/15-euco-conclusions-final-de.pdf>.
- <sup>42</sup> Europäische Kommission. *Rede von Präsidentin von der Leyen in der Plenardebatte des Europäischen Parlaments über die Schlussfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates*. 9. Juli 2025. Abgerufen am 12. Jänner 2026. [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/speech\\_25\\_1777](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/speech_25_1777).
- <sup>43</sup> Europäische Kommission, Hoher Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik. *Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament und den Rat über eine „Europäische Strategie für wirtschaftliche Sicherheit“*. 20. Juni 2023. Abgerufen am 18. Dezember 2025. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52023JC0020>, S. 1.
- <sup>44</sup> Europäische Kommission, Hoher Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik. *Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament und den Rat über eine „Europäische Strategie für wirtschaftliche Sicherheit“*. 20. Juni 2023. Abgerufen am 18. Dezember 2025. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52023JC0020>, S. 7.
- <sup>45</sup> Europäische Kommission, Hoher Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik. *Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament und den Rat über eine „Europäische Strategie für wirtschaftliche Sicherheit“*. 20. Juni 2023. Abgerufen am 18. Dezember 2025. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52023JC0020>, S. 3-4.
- <sup>46</sup> Amtsblatt der Europäischen Union. *Verordnung (EU) 2023/2675 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. November 2023 über den Schutz der Union und ihrer Mitgliedstaaten vor wirtschaftlichem Zwang durch Drittländer*. Abgerufen am 13. Jänner 2026. [https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:L\\_202302675](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:L_202302675).
- <sup>47</sup> Amtsblatt der Europäischen Union. *Anhang I. Verordnung (EU) 2023/2675 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. November 2023 über den Schutz der Union und ihrer Mitgliedstaaten vor wirtschaftlichem Zwang durch Drittländer*. Abgerufen am 13. Jänner 2026. [https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:L\\_202302675](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:L_202302675).
- <sup>48</sup> Wolfmayr, Yvonne. *Das „Anti-Coercion“-Instrument*. WIFO Research Brief 07/2024. Abgerufen am 13. Jänner 2026. [https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/upload-6852/rb\\_2024\\_007.pdf](https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/upload-6852/rb_2024_007.pdf), S. 2.
- <sup>49</sup> Europäischer Rat. *Qualifizierte Mehrheit*. 21. November 2025. Abgerufen am 18. Jänner 2026. <https://www.consilium.europa.eu/de/council-eu/voting-system/qualified-majority/>.
- <sup>50</sup> Höra, Etienne, Stefani Weiss. *The New Geo-Economic Instruments of the European Union*. April 2024. Abgerufen am 18. Jänner 2026. [https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Bibliothek/Doi\\_Publikationen/Geo-Economic\\_Instruments\\_of\\_the\\_European\\_Union.pdf](https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Bibliothek/Doi_Publikationen/Geo-Economic_Instruments_of_the_European_Union.pdf), S. 4.
- <sup>51</sup> Die Presse. *Macron will im Grönland-Streit mit Trump die „Bazooka“ auspacken*. 18. Jänner 2026. Abgerufen am 18. Jänner 2026. <https://www.diepresse.com/20491961/macron-will-im-groenland-streit-mit-trump-die-bazooka-auspacken>.
- <sup>52</sup> Die Presse. *Europa spricht in der Grönland-Krise nicht mit einer Stimme*. 19. Jänner 2026. Abgerufen am 20. Jänner 2026. <https://www.diepresse.com/20495381/europa-spricht-in-trump-krise-nicht-mit-einer-stimme>.



<sup>53</sup> Europäische Kommission. *Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions - Roadmap towards ending Russian energy import*. 6. Mai 2025. Abgerufen am 5. Dezember 2025. [https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:52025DC0440R\(01\)](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:52025DC0440R(01)).

<sup>54</sup> Rat der Europäischen Union. *Where does the EU's gas come from?* 13. November 2025. Abgerufen am 5. Dezember 2025. <https://www.consilium.europa.eu/en/infographics/where-does-the-eu-s-gas-come-from/>.

<sup>55</sup> Gehringer, Agnieszka. *Ist die Globalisierung am Ende?* 21. August 2025. Abgerufen am 5. Dezember 2025. <https://www.bpb.de/themen/wirtschaft/freihandel/geoökonomie/562287/ist-die-globalisierung-am-ende/#footnote-target-3>.

<sup>56</sup> Orig. Zitat: „China is, simultaneously, in different policy areas, a cooperation partner with whom the EU has closely aligned objectives, a negotiating partner with whom the EU needs to find a balance of interests, an economic competitor in the pursuit of technological leadership, and a systemic rival promoting alternative models of governance.“ [Übersetzt durch den Verfasser].

Europäische Kommission. *EU-China – A strategic outlook*. 12. März 2019. Abgerufen am 5. Dezember 2025. <https://commission.europa.eu/system/files/2019-03/communication-eu-china-a-strategic-outlook.pdf>, S. 4.

<sup>57</sup> Europäischer Auswärtiger Dienst. *Statement by President von der Leyen at the joint press conference with President António Costa following the EU-China Summit in Beijing*. 24. Juli 2025. Abgerufen am 27. Jänner 2026. [https://www.eeas.europa.eu/delegations/china/statement-president-von-der-leyen-joint-press-conference-president-ant%C3%B3nio-costa-following-eu-china\\_en](https://www.eeas.europa.eu/delegations/china/statement-president-von-der-leyen-joint-press-conference-president-ant%C3%B3nio-costa-following-eu-china_en).

<sup>58</sup> Europäische Kommission. *Kommission kündigt Strategie zur Stärkung der wirtschaftlichen Sicherheit Europas an*. 3. Dezember 2025. Abgerufen am 18. Dezember 2025. [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_25\\_2889](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_25_2889).

<sup>59</sup> Amtsblatt der Europäischen Union. *Verordnung (EU) 2024/1252 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. April 2024 zur Schaffung eines Rahmens zur Gewährleistung einer sicheren und nachhaltigen Versorgung mit kritischen Rohstoffen und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1724 und (EU) 2019/1020*. Abgerufen am 27. Jänner 2024. [https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=OJ:L\\_202401252](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=OJ:L_202401252).

<sup>60</sup> Amtsblatt der Europäischen Union. *Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 300/2008, (EU) Nr. 167/2013, (EU) Nr. 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1139 und (EU) 2019/2144 sowie der Richtlinien 2014/90/EU, (EU) 2016/797 und (EU) 2020/1828 (Verordnung über künstliche Intelligenz)* Abgerufen am 5. März 2026. [Verordnung \(EU\) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz und zur Änderung der Verordnungen \(EG\) Nr. 300/2008, \(EU\) Nr. 167/2013, \(EU\) Nr. 168/2013, \(EU\) 2018/858, \(EU\) 2018/1139 und \(EU\) 2019/2144 sowie der Richtlinien 2014/90/EU, \(EU\) 2016/797 und \(EU\) 2020/1828 \(Verordnung über künstliche Intelligenz\)Text von Bedeutung für den EWR.](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=OJ:L_20240613202401689)

<sup>61</sup> Europäische Kommission. *Ein Europa für das digitale Zeitalter*. Abgerufen am 5. März 2026. [https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/europe-fit-digital-age\\_de](https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/europe-fit-digital-age_de).

<sup>62</sup> Orig. Zitat: „[...] the EU primarily trying to protect itself from the outside rather than building and leveraging its own strengths.“ [Übersetzt durch den Verfasser]. Veselinovič, Jaša. *From 'Strategic Indispensability' to 'Comprehensive Offers': Mapping Proposals for the EU's Offensive Geoeconomic Turn*. „The International Spectator“, 60:3.

<https://www.tandfonline.com/doi/epdf/10.1080/03932729.2025.2495934?needAccess=true>, S. 81.

<sup>63</sup> Europäische Kommission, Hoher Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik. *Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament und den Rat über eine „Europäische Strategie für wirtschaftliche Sicherheit*. 20. Juni 2023. Abgerufen am 18. Dezember 2025. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52023JC0020>, S. 15.

<sup>64</sup> Die ausschließlichen Zuständigkeiten sind im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union festgehalten. Artikel 3, Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union. Abgerufen am 21. Februar 2026. [https://eur-lex.europa.eu/eli/treaty/tfeu\\_2016/art\\_3/oj/deu](https://eur-lex.europa.eu/eli/treaty/tfeu_2016/art_3/oj/deu).

<sup>65</sup> Die geteilten Zuständigkeiten sind im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union



- festgehalten. Artikel 4, Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union. Abgerufen am 21. Februar 2026. [https://eur-lex.europa.eu/eli/treaty/tfeu\\_2016/art\\_4/oj/deu](https://eur-lex.europa.eu/eli/treaty/tfeu_2016/art_4/oj/deu).
- <sup>66</sup> S. dazu Der Standard. *EU und Indien einigen sich auf die Mutter aller Deals*. 27. Jänner 2026. Abgerufen am 26. Jänner 2026. <https://www.derstandard.at/story/3000000305878/eu-und-indien-einigen-sich-auf-historisches-handelsabkommen> sowie Die Presse. *Indien-EU: Freihandel ohne Bauernproteste*. 27. Jänner 2026. Abgerufen am 26. Jänner 2026. <https://www.diepresse.com/20516692/indien-eu-freihandel-ohne-bauernproteste>.
- <sup>67</sup> Parlamentsdirektion. *Mercosur und die Europäische Union*. 29. April 2025. Abgerufen am 18. Dezember 2025. <https://www.parlament.gv.at/dokument/dossiers-eu-internationales/Mercosur-und-die-Europaeische-Union.pdf>.
- <sup>68</sup> Gerichtshof der Europäischen Union. Gutachten 2/15 des Gerichtshofs (Plenum) 16. Mai 2017. Abgerufen am 30. März 2026. <https://infocuria.curia.europa.eu/tabs/document?source=document&text=&docid=190727&doclang=DE>.
- <sup>69</sup> Europäischer Rat. *Die EU-Mercosur-Abkommen im Detail*. 17. Jänner 2026. Abgerufen am 3. März 2026. <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/eu-mercosur-agreements-explained/>.
- <sup>70</sup> Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft. *Totschnig zu Mercosur: Widerstand war notwendig, werden weiter für Landwirtschaft kämpfen*. 9. Jänner 2026. Abgerufen am 3. März 2026. <https://www.bmluk.gv.at/service/presse/landwirtschaft/2026/totschnig-zu-mercosur-widerstand-war-notwendig-werden-weiter-fuer-landwirtschaft-kaempfen.html>.
- <sup>71</sup> ORF. *EU-Mercosur-Deal wird unterzeichnet*. 17. Jänner 2026. Abgerufen am 21. Jänner 2026. <https://orf.at/stories/3417112/>.
- <sup>72</sup> Europäisches Parlament. *EU-Mercosur Abkommen: EuGH soll Vereinbarkeit mit EU-Verträgen prüfen*. 21. Jänner 2026. Abgerufen am 22. Jänner 2026. <https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20260116IPR32450/eu-mercosur-abkommen-eugh-soll-vereinbarkeit-mit-eu-vertragen-prufen>.
- <sup>73</sup> Europäisches Parlament. *Entschließungsantrag zur Einholung eines Gutachtens des Gerichtshofs über die Vereinbarkeit des vorgeschlagenen Partnerschaftsabkommens zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und dem Gemeinsamen Markt des Südens, der Argentinischen Republik, der Föderativen Republik Brasilien, der Republik Paraguay und der Republik Östlich des Uruguay andererseits sowie des vorgeschlagenen Interimsabkommens über den Handel zwischen der Europäischen Union einerseits und dem Gemeinsamen Markt des Südens, der Argentinischen Republik, der Föderativen Republik Brasilien, der Republik Paraguay und der Republik Östlich des Uruguay andererseits mit den Verträgen*. 14. Jänner 2026. Abgerufen am 2. März 2026. [https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/B-10-2026-0060\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/B-10-2026-0060_DE.html).
- <sup>74</sup> Europäisches Parlament. *EU-Mercosur Abkommen: EuGH soll Vereinbarkeit mit EU-Verträgen prüfen*. 21. Jänner 2026. Abgerufen am 22. Jänner 2026. <https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20260116IPR32450/eu-mercosur-abkommen-eugh-soll-vereinbarkeit-mit-eu-vertragen-prufen>.
- <sup>75</sup> Europäische Kommission. *Erklärung von Präsidentin von der Leyen zum Abkommen zwischen der EU und dem Mercosur*. 27. Februar 2026. Abgerufen am 3. März 2026. [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/api/files/document/print/de/statement\\_26\\_500/STATEMENT\\_26\\_500\\_DE.pdf](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/api/files/document/print/de/statement_26_500/STATEMENT_26_500_DE.pdf).
- <sup>76</sup> Europäische Kommission. *Global Gateway – Überblick*. Abgerufen am 22. Jänner 2026. [https://international-partnerships.ec.europa.eu/policies/global-gateway/global-gateway-overview\\_de](https://international-partnerships.ec.europa.eu/policies/global-gateway/global-gateway-overview_de).
- <sup>77</sup> Europäische Kommission. *Hoher Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik. Gemeinsame Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank Global Gateway*. 1. Dezember 2021. Abgerufen am 21. Jänner 2026. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52021JC0030>.
- <sup>78</sup> Europäische Kommission. *Global Gateway – Überblick*. Abgerufen am 22. Jänner 2026. [https://international-partnerships.ec.europa.eu/policies/global-gateway/global-gateway-overview\\_de](https://international-partnerships.ec.europa.eu/policies/global-gateway/global-gateway-overview_de).
- <sup>79</sup> Meehan, Rémi. *Earl Wang. The EU's Global Gateway strategy's alleged weaknesses are actually its strengths*. 10. Jänner 2024. Abgerufen am 22. Jänner 2026. <https://www.euronews.com/my-europe/2024/01/10/the-eus-global-gateway-strategys-alleged-weaknesses-are-actually-its-strengths>.



- <sup>80</sup> Weitere Informationen zur Mitwirkung des österreichischen Parlaments in EU-Angelegenheiten s. Parlament. *Mitwirkung in EU-Angelegenheiten*. Abgerufen am 2. März 2026. <https://www.parlament.gv.at/eu-internationales/europaeische-union/mitwirkung-nr-br/mitwirkung-in-eu-angelegenheiten/>.
- <sup>81</sup> Parlamentsdirektion. *EU-Kommissarin Malmström wirbt bei Parlamentarischer Enquete für CETA*. 14. September 2016. Abgerufen am 15. Jänner 2025. [https://www.parlament.gv.at/aktuelles/pk/jahr\\_2016/pk0940#XXV\\_VER\\_00005](https://www.parlament.gv.at/aktuelles/pk/jahr_2016/pk0940#XXV_VER_00005).
- <sup>82</sup> Parlament. *Stellungnahme gemäß Art. 23e B-VG des Ständigen Unterausschusses in Angelegenheiten der Europäischen Union des Hauptausschusses des Nationalrates vom 22. Juni 2016*. Abgerufen am 3. März 2026. [https://www.parlament.gv.at/dokument/XXV/SEU/6/imfname\\_541946.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/XXV/SEU/6/imfname_541946.pdf).
- <sup>83</sup> Parlamentsdirektion. *Neu im Wirtschaftsausschuss*. 17. Mai 2018. Abgerufen am 15. Jänner 2026. [https://www.parlament.gv.at/aktuelles/pk/jahr\\_2018/pk0548](https://www.parlament.gv.at/aktuelles/pk/jahr_2018/pk0548).
- <sup>84</sup> Parlamentsdirektion. *CETA: Verfassungsausschuss prüft rechtliche Grundlagen des Abkommens*. 23. Mai 2017. Abgerufen am 15. Jänner 2026. [https://www.parlament.gv.at/aktuelles/pk/jahr\\_2017/pk0612](https://www.parlament.gv.at/aktuelles/pk/jahr_2017/pk0612).
- <sup>85</sup> Parlamentsdirektion. *Aktuelle Europastunde: Kontroverse Debatte über CETA im Nationalrat*. 16. Mai 20218. Abgerufen am 15. Jänner 2026. [https://www.parlament.gv.at/aktuelles/pk/jahr\\_2018/pk0534](https://www.parlament.gv.at/aktuelles/pk/jahr_2018/pk0534).
- <sup>86</sup> Parlamentsdirektion. *Nationalrat: ÖVP, FPÖ und NEOS stimmen für CETA*. 13. Juni 2018. Abgerufen am 15. Jänner 2026. [https://www.parlament.gv.at/aktuelles/pk/jahr\\_2018/pk0670](https://www.parlament.gv.at/aktuelles/pk/jahr_2018/pk0670).
- <sup>87</sup> Parlament. *Stellungnahme gemäß Art. 23e B-VG des EU-Ausschusses des Bundesrates vom 31. Mai 2016*. Abgerufen am 3. März 2026. [https://www.parlament.gv.at/dokument/BR/S-BR/4/imfname\\_536785.pdf](https://www.parlament.gv.at/dokument/BR/S-BR/4/imfname_536785.pdf).
- <sup>88</sup> Parlamentsdirektion. *CETA: Bundesrat setzt parlamentarischen Schlussstein*. 28. Juni 2018. Abgerufen am 15. Jänner 2026. [https://www.parlament.gv.at/aktuelles/pk/jahr\\_2018/pk0790](https://www.parlament.gv.at/aktuelles/pk/jahr_2018/pk0790).
- <sup>89</sup> Parlament. *Bürgerinitiative betreffend TTIP - Verhandlungen bezüglich des Freihandelsabkommens zwischen der EU und den USA*. 17. März 2014. Abgerufen am 3. März 2026. <https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXV/BI/42>.
- <sup>90</sup> Europäische Kommission. *Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) – Documents*. Abgerufen am 14. Jänner 2026. [https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/united-states/eu-negotiating-texts-ttip\\_en](https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/united-states/eu-negotiating-texts-ttip_en).
- <sup>91</sup> Parlamentsdirektion. *Auszugsweise Darstellung - Ständiger Unterausschuss des Hauptausschusses EU vom Mittwoch, 18. September 2019 (V-12 d.B.)*. Abgerufen am 15. Jänner 2026. <https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVI/V/12>, S. 7.
- <sup>92</sup> Parlamentsdirektion. *Stellungnahme des Ständigen Unterausschusses des Hauptausschusses EU vom 18. September 2019 (1/SEU)*. Abgerufen am 15. Jänner 2026. <https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVI/SEU/1?selectedStage=100>.
- <sup>93</sup> Parlamentsdirektion. *Auszugsweise Darstellung - Ständiger Unterausschuss des Hauptausschusses EU vom Mittwoch, 18. September 2019 (V-12 d.B.)*. Abgerufen am 15. Jänner 2026. <https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVI/V/12>, S. 9.
- <sup>94</sup> Parlamentsdirektion. *Stellungnahme des Ständigen Unterausschusses des Hauptausschusses EU vom 18. September 2019 (2/SEU)*. Abgerufen am 15. Jänner 2026. <https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVI/SEU/2>.
- <sup>95</sup> Rechtsinformationssystem des Bundes. *Bundesgesetz über die Kontrolle von ausländischen Direktinvestitionen*. 24. Juli 2020. Abgerufen am 21. Februar 2026. [https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblAuth/BGBLA\\_2020\\_I\\_87/BGBLA\\_2020\\_I\\_87.pdf](https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblAuth/BGBLA_2020_I_87/BGBLA_2020_I_87.pdf).
- <sup>96</sup> Rechtsinformationssystem des Bundes. *Bundesgesetz über die Kontrolle von ausländischen Direktinvestitionen (Investitionskontrollgesetz – InvKG)*. BGBl I Nr. 87/2020. Abgerufen am 21. Jänner 2026. <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20011250>.
- <sup>97</sup> Hilpert, Hanns Günther, Sascha Lohmann. „Fazit und Handlungsempfehlungen“. Hilpert, Hanns Günther, Sascha Lohmann (Hg.). *Mehr Macht, weniger Markt – Denken und Handeln in der geoökonomischen Zeitenwende*. SWP Studie 16. Oktober 2025. Abgerufen am 9. Jänner 2024. [https://www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2025S16\\_GeoekonomischeZeitenwende.pdf](https://www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2025S16_GeoekonomischeZeitenwende.pdf), S. 104.



<sup>98</sup> Johns Hopkins University. *A shifting global order: The structural forces redefining trade and global supply chains*. 19. Mai 2025. Abgerufen am 20. Jänner 2026.

<https://washingtondc.jhu.edu/news/geoeconomic-changes-in-the-us/>.

<sup>99</sup> Felbermayr, Gabriel et. al. *Strategische Außenwirtschaftspolitik 2030 – Wie kann Österreich Geoökonomie Konzepte nützen?* Oktober 2022. Abgerufen am 26. Jänner 2026.

[https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/upload-1279/s\\_2022\\_aeu\\_enwirtschaftspolitik\\_2030\\_69805.pdf](https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/upload-1279/s_2022_aeu_enwirtschaftspolitik_2030_69805.pdf), S. 215

<sup>100</sup> Orig. Zitat: „It provides a good foundation, but more is needed to bind the different elements of its approach – promote, protect, partner – into a coherent strategy that will enable it to strengthen its geoeconomic position and contend with challenges.“ [Übersetzt durch den Verfasser]. Gehrke, Thomas, Filip Medunić. *Fortune favours the bold: Upgrading the EU’s geoeconomic strategy*. 27. Juni 2024.

Abgerufen am 26. Jänner 2026. <https://ecfr.eu/publication/fortune-favours-the-bold-upgrading-the-eus-geoeconomic-strategy/>.



**Herausgeberin, Medieninhaberin, Herstellerin:**

Republik Österreich – Bund, vertreten durch die Parlamentsdirektion

**Adresse:** Dr.-Karl-Renner-Ring 3, 1017 Wien

**Redaktion:** 6.4 – Globale Entwicklung & Informationsaufbereitung

**Korrektorat:** 1.4 – Stenographische Protokolle

**Druck:** Parlamentsdirektion | Wien, im März 2026